

Haushaltsrede Martin Metz (GRÜNE)

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreter der Medien, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

derzeit befinden wir uns in einer Finanzierungskrise des Staatswesens, vom Bund über die Länder zu den Städten und Gemeinden.

Nach einer Corona-Pandemie, während eines Ukraine-Kriegs, versuchen wir viele Jahre vernachlässigte Infrastruktur, verschlafene Digitalisierung, verzögerte Klimaneutrale Transformation und Energieunabhängigkeit, das alles ganz schnell aufzuholen.

Aufgrund der politischen Mehrheitskonstellationen und der vor etwa 15 Jahren eingeführten Schuldenbremse jedoch ohne Schulden zu machen, zumindest in Bund oder Land, und ohne dort Steuern Top-Vermögende? Das kann nicht funktionieren.

Ja, unser Staat muss effizienter werden, mit weniger Bürokratie und klaren Aufgabenteilung zwischen den staatlichen Ebenen.

Das allein wird aber nicht reichen!

Bund und Land in den jeweiligen Mehrheitskonstellationen müssen die Finanzierungsfrage unseres Staatswesens endlich klären.

Ansonsten passiert das, was wir hier in Sankt Augustin genauso sehen wie vielerorts: Die Städte und Gemeinden als Letzte im Glied kommen in große Probleme.

Meine Damen und Herren,

dieses Jahr werde ich 20 Jahre in diesem Stadtrat hier sitzen.

Eine solche Mittelfristplanung wie hier vom Bürgermeister vorgelegt habe ich noch nicht erlebt.

Die geplante Schuldenentwicklung ist frappierend

Die letzten 10 Jahre, von 2013 bis etwa 2023 pendelte die Verschuldung unserer Stadt bei so etwa 150 Millionen Euro.

Der Haushaltsplan sieht im Entwurf nun vor:

- 2023 waren es 153 Mio. Euro
- 2024, erstes Planjahr: 200 Mio. Euro Schulden
- 2025: 250 Mio. Euro
- 2026: 271 Mio. Euro
- 2027: 276 Mio. Mio Euro.

Von 153 auf 276 Mio. Euro Schulden, plus 123 Mio. Euro, oder 80 % in vier Jahren!

Nun mag die Verwaltung in ihrer Beantwortung unserer Anfrage darauf hinweisen, dass ja nicht alle Investitionen im Plan umgesetzt würden und dadurch der Kreditbedarf nicht so hoch ausfällt.

Einmal abgesehen davon, dass auch manche Investitionen gar nicht im Plan stehen, siehe endgültiger Ausbau Gesamtschule zum Beispiel oder die Bäderfrage. Das würde doch heißen, dass man

- Entweder ganz viele Schulden macht
- Oder immer noch viele Schulden macht, dafür aber nicht die Dinge realisiert, die man eigentlich realisieren müsste.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Es ist kein Vorwurf, die Zahlen so niederzuschreiben, wie sie sich darstellen.

Ein Vorwurf kann aber daraus werden, und daran müssen wir uns alle messen, wenn es darum geht: Ziehen Bürgermeister, Verwaltung und Rat auch die Schlüsse daraus?

Die Einbringungsrede und Kommunikation des Bürgermeisters zum Haushaltsplanentwurf hat den ihm wohl sehr bewussten Ernst der Lage nicht gewürdigt. „Good news“: Keine Steuererhöhungen, keine Haushaltssicherung, natürlich irgendwie alles schwierig, aber geht. Meine Damen und Herren, das ist nicht die Realität und jeder, der nicht mit haushaltspolitischen Scheuklappen durch den politischen Parcours reitet, sieht das auch.

Meine Damen und Herren Ratskolleginnen und Kollegen.

Wir haben einen Eid geschworen. Man hört es so oft, man kann es fast auswendig herunterbeten:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Was bedeutet das nun, wenn man einen drohenden Anstieg der Verschuldung um 123 Mio. Euro in vier Jahren sieht?

Die Kooperation aus SPD, GRÜNEN und FDP hat daher manche schmerzhaft Priorisierung vorgenommen. Nicht, weil es Freude macht, sondern weil es notwendig ist.

Dazu gehört auch, neben den Stellenmehrungen, für die es immer gute Gründe gibt, im Gegenzug auch zu prüfen, wie im inneren Verwaltungsbereich Stellen reduziert werden können. Wir wissen, dass das nicht auf Gegenliebe stößt, nicht hier im Rathaus. Aber vielleicht doch auch hier, und ganz sicher bei der Bevölkerung.

Das ist kein Misstrauen gegenüber der Mitarbeiterschaft im Rathaus. Es ist eher der Glaube daran, dass auch diese Verwaltung sich auf geänderte Rahmenbedingungen einstellen kann und dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in der Lage sind, Prozesse effektiver zu gestalten.

Daneben haben wir einige Maßnahmen verschoben oder wollen sie noch einmal genauer prüfen.

Einsparvorschläge sind kein Selbstzweck!

Es geht darum, finanziell Kräfte freizusetzen, um unsere Stadt zukunftsfähig aufzustellen und die geringen Spielräume dafür zu nutzen, wichtige Themen angehen zu können.

Die Kooperation aus SPD, GRÜNEN und FDP sieht dabei einige Handlungsschwerpunkte:

- Klimaneutralität:

- Wir begrüßen, dass die Verwaltung jetzt nach längeren Diskussionen die LED-Umstellung und Digitalisierung der Straßenbeleuchtung schneller vorantreiben kann.
- Wir planen weiter an besseren Radwegen, wie der Radpendlerroute, oder Fahrradstraßen.
- Für das Rathaus fordern wir von vom Bürgermeister endlich klare Aussagen, wie es mit dem Gebäude weitergeht, was getan werden muss, und wie wir es schaffen den Energieverbrauch deutlich zu senken.
- Ebenso muss es bei den Themen Wärmeplanung, E-Mobilität und Photovoltaik deutlich schneller vorangehen, hier bleibt der Bürgermeister weit hinter seinen Versprechungen zurück.
- Wir stärken die Wirtschaftskraft.
 - Das Engagement des Bürgermeisters bei der Entwicklung im Bereich Butterberg erkennen wir an und unterstützen es. Wir haben den B-Plan konstruktiv von Anfang an mitgestaltet.
 - Auch bei weiteren Entwicklungen wie bei den Klosterhöfen oder im Ortskern Menden oder Buisdorf stehen wir bereit, um die wirtschaftliche Basis unserer Stadt zu verbreitern, damit auch die finanziellen Gestaltungsspielräume zu erhöhen.
- Wir unterstützen den Bürgermeister und die Fachverwaltung ebenso dabei, die Ordnungskräfte und die Feuerwehr besser auszustatten.
 - Gerade nach dem tragischen Unglück im letzten Jahr ist das ein Zeichen, dass die Politik zusammensteht, zum Wohle und zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger.
- Wir arbeiten gemeinsam an weiteren Schritten für die Digitalisierung, sowohl innerhalb der Verwaltung, wie auch für die Bürgerinnen und Bürger, sowie an den Schulen. Hier holt Sankt Augustin auf und ich kann sagen: Diese Ratsmehrheit unterstützt und gestaltet diesen Prozess gerne mit.
- Gleichzeitig achten wir auf den sozialen Zusammenhalt. Hier muss der Bürgermeister sich den Vorwurf gefallen lassen, dies deutlich zu niedrig zu priorisieren. Das ist gerade in diesen Zeiten mit gesellschaftlichen Konflikten falsch.
 - Wir haben mehrheitlich den Steuerzuschuss zu OGS erhöht, um Beitragserhöhungen abzumildern.
 - Wir stärken die soziale Arbeit, gerade mit den Jugendlichen vor Ort.
 - Wir fordern, dass der Kita- und OGS-Ausbau endlich deutlich mehr Fahrt aufnimmt.
 - Denn diese Leistung muss eine Stadt bringen, damit sich Menschen wohl fühlen und erkennen, dass sie in dieser örtlichen Gemeinschaft gerne zuhause sein wollen.

Diesen Zusammenhalt werden wir auch im Rat und zwischen Rat und Verwaltung brauchen.

Die Haushaltsberatungen waren vom Stil her ok, aber auch nur im Vergleich mit den hitzigen Debatten an anderer Stelle. Sie haben sicher gemerkt, dass es hier keine Abstimmungen nach dem Muster Mehrheit vs. Minderheit gab, sondern dass wir auch guten Vorschlägen der CDU-Fraktion zugestimmt haben, ebenso wie es die CDU mit manchen Vorschlägen von SPD, GRÜNEN und FDP gemacht hat.

Aber die Herausforderung für den Haushalt 2025 wird ungleich größer!

Die Gesetzesänderungen auf Landesebene verhelfen uns zu Flexibilität und einer kurzen Atempause, um sich finanziell neu aufzustellen. Sie können aber mangels Geld das Problem nicht lösen.

Wir stimmen dem Haushalt deshalb zu, weil er mit klaren Handlungsaufträgen verbunden ist, besser zu werden.

Ich appelliere an alle hier, sich nicht im politischen Gezänk oder Eitelkeiten zu verlieren, sondern zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu diskutieren und zu agieren.

Wir erwarten daher vom Bürgermeister, dass er einen ehrlicheren Haushalt 2025 vorlegen wird, der es besser schafft, notwendige Einsparungen und Effizienzsteigerungen, und gleichzeitig die Modernisierung zu einer sozialen und umweltfreundlichen Stadt voranzutreiben. Viele Hinweise haben Sie von uns dazu bekommen.

Nutzen Sie diese Möglichkeit!

Ich danke im Namen der GRÜNEN Fraktion allen Verwaltungsmitarbeitern für die Arbeit, natürlich voran der neuen Kämmerin Frau Seidl, die das sehr gut gemacht hat, danke! Aber ebenso danke ich Ihnen allen, speziell natürlich den Kolleginnen und Kollegen von SPD und FDP, für die gute Zusammenarbeit.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.